

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales,
Gesundheit und Sport
der Stadtverordnetenversammlung Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

14. April 2015
1 von 2

zur **23.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
lade ich ein für

**Dienstag, 21. April 2015, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Hessische Arbeitsmarktförderung - Umsetzung des Arbeitsmarktbudgets 2015 -
Projekt: Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung /
nachhaltige Integration - Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk
GaLaMa 2020**
Vorlage des Magistrats
Berichterstatter/in: Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel
- 101.17.1626 -
(gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)
- 2. Bundesprogramm BIWAQ**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Norbert Hornemann
- 101.17.1616 -
- 3. Diakonieticket in Kassel**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann
- 101.17.1622 -

4. Prostitution in Kassel

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

- 101.17.1655 -

5. Bilanz Bürgerarbeit

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

- 101.17.1656 -

Mit freundlichen Grüßen

Esther Kalveram

Vorsitzende

Niederschrift
über die 23. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am **Dienstag, 21. April 2015, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

24. April 2015
1 von 5

Anwesende:

Mitglieder

Esther Kalveram, Vorsitzende, SPD
Anja Lipschik, 1. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Judith Boczkowski, Mitglied, SPD
Barbara Bogdon, Mitglied, SPD
Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD
Monika Sprafke, Mitglied, SPD
Birgit Hengesbach-Knoop, Mitglied, B90/Grüne
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne
Norbert Hornemann, Mitglied, CDU
Bodo Schild, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Altan Tanyeri, Vertreter des Ausländerbeirates
Manfred Aul, Vertreter des Seniorenbeirates
Helmut Ernst, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat

Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD

Schriftführung

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Donald Strube, 2. stellvertretender Vorsitzender, parteilos
Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD
Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Ute Pähns, Sozialamt

Tagesordnung:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Hessische Arbeitsmarktförderung - Umsetzung des Arbeitsmarktbudgets 2015 -
Projekt: Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung /
Qualifizierung / nachhaltige Integration - Projekte
"Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa 2020 | 101.17.1626 |
| 2. Bundesprogramm BIWAQ | 101.17.1616 |
| 3. Diakonieticket in Kassel | 101.17.1622 |
| 4. Prostitution in Kassel | 101.17.1655 |
| 5. Bilanz Bürgerarbeit | 101.17.1656 |

Vorsitzende Kalveram eröffnet die mit der Einladung vom 14. April 2015 ordnungsgemäß einberufene 23. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Der **Tagesordnungspunkt 5** betr. **Bilanz Bürgerarbeit**, 101.17.1656, wird auf Antrag von Stadtkämmerer Dr. Barthel von der heutigen Tagesordnung **abgesetzt**, da die Anfrage noch nicht beantwortet werden kann.

Die geänderte Tagesordnung wird von Vorsitzender Kalveram festgestellt.

1. **Hessische Arbeitsmarktförderung - Umsetzung des Arbeitsmarktbudgets 2015 - Projekt: Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung / nachhaltige Integration - Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa 2020**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1626 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Die Stadt Kassel beteiligt sich an der Umsetzung des ab 2015 neuausgerichteten Arbeitsmarktbudgets 2015 des Landes Hessen.
2. Im Arbeitsmarktbudget 2015 wird das Projekt: „Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung / nachhaltige Integration - Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa 2020“ mit bis zu 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, vorerst befristet für die Dauer von zwei Jahren, durchgeführt.

3. Das Projekt wird zu 45 % aus weitergeleiteten Finanzmitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Die Stadt Kassel übernimmt die Kofinanzierung, soweit sie nicht durch Dritte sichergestellt wird.
4. Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2015 für das Haushaltsjahr 2015 im Teilhaushalt 50004 zur Verfügung. Die voraussichtlichen Projektaufwendungen für 2016 und 2017 sind bei der Haushaltsplanung für 2016 und der mittelfristigen Finanzplanung für 2017 berücksichtigt.“

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Hessische Arbeitsmarktförderung - Umsetzung des Arbeitsmarktbudgets 2015 - Projekt: Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung / nachhaltige Integration - Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa 2020, 101.17.1626, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Sprafke

2. Bundesprogramm BIWAQ

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.1616 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Warum wurde in der 3. Förderrunde der Förderperiode 2014-2020 ein Antrag für das Bundesprogramm „BIWAQ“ – Förderung von arbeitslosen/langzeitarbeitslosen Frauen und Männern über 26 Jahren – im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“, welches seit 2011 in Rothenditmold zur Anwendung kommt, nicht gestellt?

Stadtverordneter Hornemann, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage seiner Fraktion, die im Anschluss von Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet wird. Er sagt die schriftliche Beantwortung als Anlage zur Niederschrift zu.

4 von 5

Nach Beantwortung durch Stadtkämmerer Dr. Barthel erklärt Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.

3. Diakonieticket in Kassel

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1622 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. In welchem Umfang werden von der KVG Diakonietickets seit deren Einführung aufgeschlüsselt nach Preisstufe, Variante und Jahr ausgestellt?
2. Wie haben sich die Preise für das Diakonieticket seit dessen Einführung aufgeschlüsselt nach Preisstufe, Variante und Jahr entwickelt?
3. Wie hat sich die Höhe des Mobilitätsanteils des Regelsatzes nach SGB II in den letzten fünf Jahren entwickelt?
4. Welche Möglichkeit sieht der Magistrat zur Bereitstellung eines preislich an der Höhe des Mobilitätsanteils des Regelsatzes nach SGB II orientierten KVG-Tickets?

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Anfrage sowie die Nachfragen der Ausschussmitglieder. Er sagt die schriftliche Antwort als Anlage zur Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Stadtkämmerer Dr. Barthel erklärt Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.

4. Prostitution in Kassel

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1655 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In eine Sitzung des Sozialausschusses vor der Sommerpause werden eingeladen, um über die Situation in der Prostitution zu berichten:

- die Mitarbeiterin der Beratungsstelle für Prostituierte sichtBar von Frauen informieren Frauen – FiF e.V.
- ein Mitarbeiter des Kommissariats für Sexualdelikte (K12)

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Prostitution in Kassel, 101.17.1655, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Lipschik

5. Bilanz Bürgerarbeit

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.1656 -

Abgesetzt

Ende der Sitzung: 17:28 Uhr

Esther Kalveram
Vorsitzende

Andrea Herschelmann
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.17.1626

24. März 2015
1 von 4

**Hessische Arbeitsmarktförderung - Umsetzung des Arbeitsmarktbudgets 2015 -
Projekt: Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung /
nachhaltige Integration - Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa
2020**

Berichtersteller/-in: Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Die Stadt Kassel beteiligt sich an der Umsetzung des ab 2015 neuausgerichteten Arbeitsmarktbudgets 2015 des Landes Hessen.
2. Im Arbeitsmarktbudget 2015 wird das Projekt: „Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung / nachhaltige Integration – Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa 2020“ mit bis zu 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, vorerst befristet für die Dauer von zwei Jahren, durchgeführt.
3. Das Projekt wird zu 45 % aus weitergeleiteten Finanzmitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Die Stadt Kassel übernimmt die Kofinanzierung, soweit sie nicht durch Dritte sichergestellt wird.
4. Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2015 für das Haushaltsjahr 2015 im Teilhaushalt 50004 zur Verfügung. Die voraussichtlichen Projektaufwendungen für 2016 und 2017 sind bei der Haushaltsplanung für 2016 und der mittelfristigen Finanzplanung für 2017 berücksichtigt.“

Begründung:**Projektskizze:**

Das Projekt wird im Hessischen Arbeitsmarktbudget 2015 durchgeführt, voraussichtliche Laufzeit vom 1. Mai 2015 bis 30. April 2017. Es ist der Maßnahmenart 7: „Beratung, Begleitung, Coaching und Qualifizierung für den zeitnahen Wiedereinstieg in eine Berufstätigkeit“ zugeordnet. Ziel des Arbeitsmarktbudgets ist es, die Beschäftigungsfähigkeit benachteiligter Personen durch präventive, flankierende, kultursensible und/oder sozialintegrative Beratungs- und Qualifizierungsangebote zu erhöhen.

Für die Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen an der Grenze zwischen Leistungsbezug nach SGB II oder SGB XII werden – von Ausnahmen abgesehen – nur Teilziele und individuell messbare Integrationsfortschritte auf dem Weg zum ersten Arbeitsmarkt erreichbar sein. Der Garten- und Landschaftsbau bietet, insbesondere unter ökologischen Gesichtspunkten, auch zukünftig gute Integrationschancen für angelernte ehemalige Arbeitslose mit Qualifikationsnachweis und Arbeitserfahrung. Das Projekt ist in die kommunale Gesamtstrategie gegen Arbeitslosigkeit und insbesondere gegen Langzeitarbeitslosigkeit eingebunden.

Bei Ö-Kost im städtischen GaLaMa-Projekt laufen verschiedene Netzwerkfäden zusammen. Es ist ein Baustein in den vielfältigen Aktivitäten der „urban gardening Bewegung“, „essbare Stadt“, und den Projekten zur Förderung einer nachhaltigen ökologischen und biologisch vielfältigen Entwicklung des Gemeinwesens. Der Projektzugang ist „inklusiv“ und „diskriminierungsfrei“. Durch Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote wird hier ein Beitrag zum sozialen Frieden geleistet.

Alle durchgeführten Arbeiten werden im Vorfeld auf Zusätzlichkeit, Gemeinnützigkeit, Wettbewerbsneutralität und öffentliches Interesse geprüft. Es wird auch geklärt, dass durch die Projekte keine Arbeitsplätze vernichtet werden. Personal- und Betriebsräte werden umfassend beteiligt. Die Beschäftigungsangebote reichen von niedrighschwelligen Tätigkeiten bis hin zu anspruchsvollen, qualifizierenden Projekten. Neben den Maßnahmenteilnehmerinnen und -teilnehmern profitieren die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kassel von Ö-Kost-Projekten.

Im Jahr 2015 und in den Folgejahren sind für die Gruppen im Betätigungsfeld „Ökologische Stadt“ Arbeiten in folgenden Einsatzbereichen geplant:

- Kooperationen mit Schulgärten fortsetzen und ausweiten
- Das Thema: „Essbare Stadt“ aufgreifen und bestehende gemeinnützige Initiativen unterstützen

- Biodiversität (biologische Vielfalt) nachhaltig fördern
- Innerstädtisches Baustoffrecycling

3 von 4

Ö-Kost ist als arbeitsfördernde Maßnahme mit aktuell zwei eng kooperierenden angeleiteten Arbeitsgruppen mit je zehn Teilnehmenden organisiert. Die Beschäftigung weiteren Personals zur Ausweitung der Anleitung und zur Erweiterung der fachlichen Kompetenz ist geplant. Die Teilnehmenden werden sozialpädagogisch betreut und begleitet. Die Steuerung erfolgt durch die Abteilung Kommunale Arbeitsförderung des Sozialamtes. Die durchschnittliche Verweildauer der Teilnehmenden beträgt sechs Monate.

Die beiden für das Projekt vorgesehenen Fachleiter sind bereits im städtischen Dienst beschäftigt. Die für das Vorhaben eingeplante sozialpädagogische Fachkraft wird zum Projektbeginn eingestellt.

Ö-Kost als Teilprojekt von GalaMa 2020 arbeitet u. a. mit verschiedenen städtischen Ämtern, der documenta GmbH, Fördervereinen von Schulen und Kitas, verschiedenen Museen, Sport- und Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche wie der Freestyle-Halle und dem Skater-Projekt Mr. Wilson, dem Nordhessischen Verkehrsverbund oder der Kasseler Werkstatt für behinderte Menschen, den Vereinigungen im Netzwerk „essbare Stadt“ zusammen. Die Kooperationsbeziehungen haben noch erhebliches Ausbaupotential.

Die aktuelle Kostenplanung beläuft sich für die Laufzeit von zwei Jahren auf 434.600 €. Hiervon werden 46,72 % aus kommunalen Haushaltsmitteln, 45 % aus weitergeleiteten ESF-Mitteln im Hessischen Arbeitsmarktbudget und 8,28 % als Mehraufwandsentschädigungen aus dem Eingliederungstitel des Jobcenters getragen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2015 für das Haushaltsjahr 2015 im Teilhaushalt 50004 zur Verfügung. Die voraussichtlichen Projektaufwendungen für 2016 und 2017 werden bei der Haushaltsplanung für 2016 und der mittelfristigen Finanzplanung für 2017 berücksichtigt. Im Folgenden ist der städtische Eigenmitteleinsatz zur Umsetzung für das Vorhaben dargestellt:

Ausgabenplan	2015	2016	2017	Insgesamt
---------------------	-------------	-------------	-------------	------------------

Personalkosten	110.767 €	163.854 €	51.546 €	326.167 €
Mehraufwandsentschädigungen	12.000 €	18.000 €	6.000 €	36.000 €
Materialaufwand	2.700 €	4.500 €	0 €	7.200 €
Verwaltungsausgaben	22.153 €	32.771 €	10.309 €	65.233 €
Gesamtaufwendungen	147.620 €	219.125 €	67.855 €	434.600 €

Finanzierungsplan	2015	2016	2017	Insgesamt
--------------------------	-------------	-------------	-------------	------------------

Beantragte ESF-Mittel	66.429 €	98.606 €	30.535 €	195.570 €
Agentur für Arbeit / Jobcenter	12.000 €	18.000 €	6.000 €	36.000 €
Kommunale Mittel	69.191 €	102.519 €	31.320 €	203.030 €
Gesamterträge	147.620 €	219.125 €	67.855 €	434.600 €

Der Magistrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 23. März 2015 beschlossen.

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 101.17.1616

3. März 2015
1 von 1

Bundesprogramm BIWAQ

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

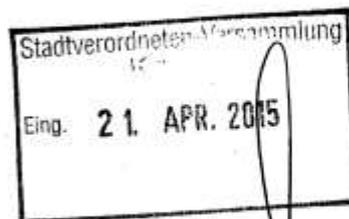
Wir fragen den Magistrat:

Warum wurde in der 3. Förderrunde der Förderperiode 2014-2020 ein Antrag für das Bundesprogramm „BIWAQ“ – Förderung von arbeitslosen/langzeitarbeitslosen Frauen und Männern über 26 Jahren – im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“, welches seit 2011 in Rothenditmold zur Anwendung kommt, nicht gestellt?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Norbert Hornemann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Kassel, 10. April 2015



Anfrage der CDU-Fraktion vom 3. März 2015
Vorlage Nr. 101.17.1616
Bundesprogramm BIWAQ

1. Frage:

Warum wurde in der 3. Förderrunde der Förderperiode 2014 – 2020 ein Antrag für das Bundesprogramm „BIWAQ“ – Förderung von arbeitslosen/langzeitarbeitslosen Frauen und Männern über 26 Jahren – im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“, welches seit 2011 in Rothenditmold zur Anwendung kommt, nicht gestellt?

Antwort:

Antragsberechtigt für das ESF Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) waren Kommunen mit Programmgebieten des Programms „Soziale Stadt“. Bei Interesse mehrerer Träger war nur eine gebündelte Interessenbekundung auf Grundlage einer Kooperation zwischen den Trägern möglich. Es konnte nur ein Projektvorschlag eingereicht werden.

Am 3. November 2014 startete der Aufruf für die neue Förderperiode. Die Frist zur Einreichung endete am 12. Dezember 2014. In dieser knapp bemessenen Zeit war es nicht möglich, eine Interessenbekundung in erforderlicher Qualität vorzubereiten.

Dr. Barthel
Stadtkämmerer

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.17.1622

4. März 2015
1 von 1

Diakonieticket in Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. In welchem Umfang werden von der KVG Diakonietickets seit deren Einführung aufgeschlüsselt nach Preisstufe, Variante und Jahr ausgestellt?
2. Wie haben sich die Preise für das Diakonieticket seit dessen Einführung aufgeschlüsselt nach Preisstufe, Variante und Jahr entwickelt?
3. Wie hat sich die Höhe des Mobilitätsanteils des Regelsatzes nach SGB II in den letzten fünf Jahren entwickelt?
4. Welche Möglichkeit sieht der Magistrat zur Bereitstellung eines preislich an der Höhe des Mobilitätsanteils des Regelsatzes nach SGB II orientierten KVG-Tickets?

Um schriftliche Antwort wird gebeten

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender

Auflage zu TOP 3
 Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
 Diakonieticket in Kassel
 10.17.1622

Stadtverordneten-Versammlung
 Kassel
 Eing. 21. APR. 2015

Frage 1:
 In welchem Umfang werden von der KVG Diakonietickets seit deren Einführung aufgeschlüsselt nach Preisstufe, Variante und Jahr ausgestellt?

Eine Aufschlüsselung nach Kalenderjahr ist nicht möglich, da die Daten jeweils für die so genannten „Fahrplanjahre“ vorliegen. Fahrplanjahre beginnen und enden aber in der Regel am 2. Dezemberwochenende, so dass davon ausgegangen wird, dass zur Beantwortung der Frage dieser Wert hinreichend aussagekräftig ist. Dargestellt werden der Vergleichbarkeit wegen, nur die Jahre, für die das Ticketsortiment identisch ist und ein Jahreswert vorliegt, dies ist von 2011 bis 2014 der Fall. Folgende Stückzahlen

Diakonieticket Verkaufszahlen

Jahr	Kassel	Kassel plus	PS 1	PS 2	PS 3	PS 4	PS 5	PS 6	PS 7	PS 8	PS 9	PS 10
2011	4.767	2.912	18	26	63	72	69	14	6	2	-	5
2012	5.326	2.767	26	38	134	146	94	36	4	10	4	18
2013	5.883	2.941	35	64	130	176	237	41	22	10	6	18
2014	6.764	3.102	21	32	162	170	254	29	13	2	-	23

Diakonieticket 9 Uhr Verkaufszahlen

Jahr	Kassel	Kassel plus	PS 1	PS 2	PS 3	PS 4	PS 5	PS 6	PS 7	PS 8	PS 9	PS 10
2011	7.368	4.664	3	15	35	60	87	19	13	7	-	-
2012	9.276	4.675	12	32	74	52	64	30	31	8	-	7
2013	11.673	4.475	43	11	50	106	111	28	14	2	3	19
2014	13.768	4.316	58	18	102	126	176	22	19	1	2	12

Frage 2:

Wie haben sich die Preise für das Diakonieticket seit dessen Einführung aufgeschlüsselt nach Preisstufe, Variante und Jahr entwickelt?

Die Entwicklung ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Allgemeine Zeitkarte in €	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 S (b)	
Allgemeine Diakonieticket											
11.12.2005											39,8
Diakonieticket 9 Uhr											
11.12.2005											29,3
Allgemeine Diakonieticket											
10.12.2006											42,1
Diakonieticket 9 Uhr											
10.12.2006											31
Allgemeine Diakonieticket											
01.02.2007											43,5
Diakonieticket 9 Uhr											
01.02.2007											32
Allgemeine Diakonieticket											
09.12.2007											45,5
Diakonieticket 9 Uhr											
09.12.2007											33,5
Allgemeine Diakonieticket											
01.01.2009	48	33,7	49,2	60,5	75	101,3	116,3	131	145,7	160,5	
Diakonieticket 9 Uhr											
01.01.2009	35,7	25,6	36,8	45,5	55,5	66,3	76	88	97,7	108,5	120,2

DiakonieTicket 13.12.2009	40	49	34,5	50	61,5	76,5	89	103,5	118,5	133	148,5	163,5
DiakonieTicket 9 Uhr	30	36,5	26	37,5	46,5	56,5	67,5	77,5	89,5	99,5	110,5	122,5
Allgemeine DiakonieTicket 12.12.2010	40	50	35	51	62,5	77,5	90,5	105	120,5	135	151	166
DiakonieTicket 9 Uhr	30	37	26,5	38	47	57,5	68	78,5	91	101	112	124
Allgemeine DiakonieTicket 11.12.2011	41	51,5	36	52,5	64,5	79,5	93	107,5	123,5	138,5	154,5	170
DiakonieTicket 9 Uhr	31	38	27	39	48	59	70	81	93	103	114	126,5
Allgemeine DiakonieTicket 09.12.2012	42,5	53,5	37	54	67	82	96,5	111	127,5	143,5	159,5	175
DiakonieTicket 9 Uhr	32	40,5	28,5	41	50,5	62	73	84,5	97,5	108	119,5	132,5
Allgemeine DiakonieTicket 15.12.2013	44	55	39	56	69	85	100	115	132	148	165	181
DiakonieTicket 9 Uhr	33,5	42,5	30	43	52,5	64,5	76,5	88,5	102	113	125	138,5
Allgemeine DiakonieTicket 14.12.2014	45,5	57	40	57	71	88	103	118	134	151	168	184
DiakonieTicket 9 Uhr	34,5	45	31	45	55	68	81	92	106	117	130	144

(a) Kassel Plus umfasst: Stadt Kassel, Ahnatal, Baunatal, Calden, Espenau, Fuldaabrück, Fuldata, Habichtswald, Kaufungen, Lohfelden, Niestetal, Schauenburg, Staufenberg und Vellmar.
(b) Gilt in der Kernstadt Bad Wildungen einschl. Reinhardshausen, in den Kernstädten Bad Sooden-Allendorf, Frankenberg, Korbach, Melsungen, Reinhardshagen und Witzenhausen.

Frage 3:

Wie hat sich die Höhe des Mobilitätsanteils des Regelsatzes nach SGB II in den letzten 5 Jahren entwickelt?

Der Mobilitätsanteil im Regelsatz ist gleich geblieben, er beträgt ca. 6,5 % von derzeit 400 €.

Frage 4 richtet sich an den Magistrat.

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.17.1655

13. April 2015
1 von 1

Prostitution in Kassel

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In eine Sitzung des Sozialausschusses vor der Sommerpause werden eingeladen, um über die Situation in der Prostitution zu berichten:

- die Mitarbeiterin der Beratungsstelle für Prostituierte sichtBar von Frauen informieren Frauen – FiF e.V.
- ein Mitarbeiter des Kommissariats für Sexualdelikte (K12)

Begründung:

Um den Handlungsbedarf auf kommunaler Ebene abschätzen zu können benötigen die Ausschussmitglieder detaillierte Informationen über die sozialen und rechtlichen Aspekte der Prostitution in Kassel.

Die Mitarbeiterin von sichtBar kann über die soziale (Not-)Situation der Prostituierten und die Entwicklung der Bedingungen unter denen Prostitution in Kassel stattfindet berichten. Der Mitarbeiter des Kommissariats für Sexualdelikte kann Auskunft über die Entwicklung der Straftaten im Milieu während der letzten Jahre geben.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Axel Selbert
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1656

13. April 2015
1 von 2

Bilanz Bürgerarbeit

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Bürgerarbeiter*innen sind insgesamt beschäftigt worden und nach welchen Kriterien wurden diese ausgewählt?
2. Wie häufig wurde die Bürgerarbeit vorzeitig beendet?
3. Wie oft erfolgte die Beendigung innerhalb der ersten 12 Wochen, wie oft innerhalb eines halben Jahres, wie oft vor Ablauf eines Jahres und aus welchen Gründen (Angabe der Beendigungsgründe bitte aufgesplittet nach Dauer der Bürgerarbeit)?
4. Wie häufig war die Verweigerung eine Bürgerarbeit anzunehmen oder die vorzeitige Beendigung der Bürgerarbeit der Grund für Leistungskürzungen oder Streichungen?
5. Wie viele Bürgerarbeiter*innen hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung, wie viele hatten ein (Fach-)Hochschulstudium oder eine Technikerschule abgeschlossen?
6. Wie viele Bürgerarbeiter sind in der Bürgerarbeit ausbildungsadäquat beschäftigt worden?
7. Wie viele Bürgerarbeiter*innen haben innerhalb der ersten drei Monate nach Ende der Bürgerarbeit eine unbefristete Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten?
8. Wie viele dieser unbefristet beschäftigten ehemalige Bürgerarbeiter*innen sind vollzeitbeschäftigt, wie viele arbeiten in Teilzeit, wie viele in Leiharbeit, wie viele haben Minijobs?
9. Wie viele der ehemaligen Bürgerarbeiter sind derzeit arbeitslos, in Rente, in Maßnahmen oder arbeiten im Bundesfreiwilligendienst oder in Jobs mit Mehraufwandsentschädigung?

10. Warum haben sich weder die Stadt noch das Jobcenter bemüht das Angebot des Bewerbungstreffs Wesertor aufrecht zu erhalten, z.B. durch Beantragung von ESF-Fördergeldern(BIWAQ)?
11. Welchen Ersatz bieten Stadt oder Jobcenter für das durch Wegfall der Bürgerarbeit ausgelaufene Angebot des Bewerbungstreffs Wesertor?
12. Wie häufig kommt es zu Sanktionsandrohungen gegen Erwerbslose wegen nach Ansicht des Jobcenters nicht ausreichender Bemühungen um Arbeit und wie häufig wird tatsächlich sanktioniert?
13. Prüft das Jobcenter, ob die Ursache für die nicht ausreichenden Bemühungen eine körperliche oder seelische Erkrankung ist oder ob der/die Erwerbslose überhaupt in der Lage ist ohne Hilfe eine Bewerbung zu schreiben?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Axel Selbert
Stellv. Fraktionsvorsitzender